



Protokoll der 42. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee

Datum Freitag, 28. März 2014

Zeit 10.00 - 12.15 Uhr

Ort Grossratsaal im Rathaus Appenzell

Vorsitz Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden

Protokoll Karin Rusch, Sekretärin Ratskanzlei Appenzell Innerrhoden

Teilnehmer

Appenzell Ausserrhoden	Beeler Edith	Kantonsratspräsidentin
	Rütsche-Fässler Ursula	2. Vizepräsidentin des Kantonsrats
	Müller Ivo	Kantonsrat
Appenzell Innerrhoden	Mainberger Thomas	Grossratsvizepräsident
	Breitenmoser Martin	1. Stimmenzähler
Baden-Württemberg	Reuther Wolfgang	Landtagsabgeordneter
	Storz Hans-Peter	Landtagsabgeordneter
	Böhm Stefan	Regierungsdirektor
	Ziegenbalg Florian	Parlamentarischer Berater
Bayern	Beisswenger Eric	Landtagsabgeordneter
	Rotter Eberhard	Landtagsabgeordneter
	Wengert Paul	Landtagsabgeordneter
Fürstentum Liechtenstein	Frick Albert	Landtagspräsident
	Beck Christoph	Landtagsabgeordneter
	Konzett Bargetze Helen	Landtagsabgeordnete
	Wachter Peter	Stv. Landtagsabgeordneter
Schaffhausen	Hunziker Urs	Kantonsrat
	Müller Markus	Kantonsrat
	Zubler Kurt	Kantonsrat
St.Gallen	Ledergerber Donat	Kantonsratspräsident
	Kofler Josef	Kantonsrat
	Lehmann-Wirth Monika	Kantonsrätin
	Hauser Sarah	Leiterin Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen
Thurgau	Lüscher Bruno	Grossratspräsident
	Wiesmann Schätzle Sonja	Grossratsvizepräsidentin
	Abegglen Inge	Kantonsrätin
	Komposch Cornelia	Kantonsrätin
Vorarlberg	Nussbaumer Gabriele	Landtagspräsidentin
	Ritter Peter	Landtagsvizepräsident
	Blum Ernst	Landtagsabgeordneter
	Linhart Markus	Bürgermeister der Stadt Bregenz
	Goldgruber-Reiner Borghild	Landtagsdirektorin
	Schröckenfuchs Philipp	Mitarbeiter Markus Linhart

Zürich	Walliser Bruno	Kantonsratspräsident
	Johner Brigitta	1. Vizepräsidentin des Kantonsrats
	Weber-Gachnang Theresia	2. Vizepräsidentin des Kantonsrats
	Gyer Esther	Kantonsrätin
	Busmann Barbara	1. Ratssekretärin des Kantonsrats
	Steiner Rolf	Ratssekretär des Kantonsrats
Referenten	Geldhauser Franz	Referatsleiter des Bayerischen Landwirtschaftsministerium und Bevollmächtigter der IBKF
	Baumgartner Beat	Amt für Umwelt Kanton Thurgau
	Schleiss Yvonne	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
Gäste	Büchelmeier Josef	Geschäftsführer Internationaler Städtebund Bodensee
	Loepfe Arthur	Geschäftsstelle Bodenseerat
	Schnell Klaus-Dieter	Leiter der Geschäftsstelle der Internationalen Bodenseekonferenz

1. Eröffnung

Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden, eröffnet die 42. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee mit folgenden Worten:

„Ich heisse Sie alle ganz herzlich hier in Appenzell willkommen. Es ist wohl Zufall, dass nach dem grössten Vertreter der Konferenz, Bayern, ausgerechnet das kleinste Mitglied den Vorsitz übernimmt. Appenzell Innerrhoden als kleinster Kanton der Schweiz ist sich seiner Kleinheit durchaus bewusst. Wir leben auf kleinstem Raum in unserem schönen Land am Fusse des Säntis, fernab der grossen Verkehrsachsen und ohne direkten Anschluss an Autobahn und SBB. Trotzdem funktioniert unser Staatswesen sehr gut, und wir sind stolz darauf. Es ist wie in der Wirtschaft: Nicht die Grösse alleine sichert das Überleben. Wir sind gerne der lebendige und funktionierende Beweis dafür.

Die Appenzeller gelten als konservativ und werden manchmal etwas belächelt. Hinter dieser konservativen Haltung verbirgt sich aber vor allem eine Abneigung gegen jeglichen Zentralismus. Unser Volk hat sich mit den Freiheitskriegen im 15. Jahrhundert von den Obrigkeiten gelöst, und dieser Freiheitsdrang hat sich wahrscheinlich in unseren Genen eingenistet. Ich bin im Gegensatz zur verbreiteten Meinung sicher, dass der Appenzeller, einmal von einer neuen Sache überzeugt, der Schnellste in der Umsetzung - sei es politisch oder wirtschaftlich - sein wird.

Geschätzte Gäste, ich heisse Sie alle hier in Appenzell willkommen. Ich wünsche uns allen gute und zielführende Diskussionen. Geniessen Sie mit uns den wunderschönen Tag und bekommen Sie einen kleinen Eindruck von unserem wunderbaren Land. Bei uns sind Sie auch ausserhalb der Konferenzen jederzeit willkommen!“

Zur vorgelegten Traktandenliste ergeben sich keine Änderungswünsche. Gegen die Tonaufzeichnung der Sitzung ergeben sich keine Einwände. Die Aufzeichnung wird ausschliesslich für die Protokollerstellung verwendet und ist nicht öffentlich.

2. Wissenswertes zum Ort und Grussbotschaft

Landammann Roland Inauen, Vorsteher des Erziehungsdepartements, begrüsst die Anwesenden im Namen von Landammann und Standeskommission des Kantons Appenzell Innerrhoden. Er gibt einige Informationen zum Sitzungsort Appenzell und insbesondere zum Sitzungsraum, dem Grossratsaal.

3. Protokoll der Sitzung vom 6. September 2013

Kurt Zubler, Kantonsrat Kanton Schaffhausen, macht auf das Votum von Peter Käppler auf S. 11 des Protokolls aufmerksam, gemäss dem die Elektrifizierung der Bahn zwischen Schaffhausen und Basel vollendet sei und die Strecke am 15. Oktober 2013 eingeweiht werde. Diese Aussage ist nicht richtig. Die Elektrifizierung ist bisher nur auf der Strecke Schaffhausen-Erzingen vorgenommen worden. Der Rest der Strecke ist noch nicht elektrifiziert. Kurt Zubler beantragt deshalb, dass das Protokoll entsprechend angepasst wird.

Die Anwesenden genehmigen diesen Änderungsantrag stillschweigend.

Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden, nimmt auf die Resolution zur Optimierung der Anbindung der Bodenseeregion an den internationalen Schienenverkehr und zur Verbesserung des Fahrplan- und Tarifangebots im Regional- und Schiffsverkehr Bezug, welche im Rahmen der 41. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee verabschiedet wurde. Er teilt mit, dass die Antworten der angeschriebenen Stellen eingetroffen sind. Die Schreiben wurden den Mitgliedern der Konferenz bereits zur Kenntnis gebracht.

Das Protokoll wird unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung genehmigt.

4. Felchenertrag

Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden, macht vorab darauf aufmerksam, dass der offene Brief der Ober-, Untersee- und Rhein-Berufsfischer vom 28. März 2014 über die Situation der Fischbestände und der Fischerei am Bodensee (Beilage 1) den Teilnehmern zur Kenntnisnahme aufgelegt wurde.

Das Wort erhält **Franz Geldhauser, Referatsleiter des Bayerischen Landwirtschaftsministerium und Bevollmächtigter der IBKF**. Er gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Situation. Er stellt fest, dass die Fischereierträge ein existenzbedrohendes Minimum erreicht haben. Die Hauptursache dafür wird im niedrigen Phosphorgehalt gesehen, auch wenn sicher noch andere Faktoren eine Rolle spielen. Die erste Forderung der Fischer wird seitens der Wasserwirtschaft nun aber erfüllt, indem sich diese dafür ausspricht, dass der Phosphatrückgang nicht weiter gefördert und vorangetrieben werden soll. Dies bedeutet, dass der jetzige Stand des Phosphats beibehalten wird. Ein noch tieferer Stand wird nicht angestrebt.

Strittig ist allerdings noch der Punkt des Phosphatgehalts in den Kläranlagen. Vertreter der Fischerei fordern, dass der Phosphatgehalt in den Kläranlagen nicht weiter verringert wird, sondern im Gegenteil noch etwas ansteigt, damit ein Ziel von etwa 12 Milligramm Phosphor pro Kubikmeter Bodenseewasser erreicht werden kann. Diese Menge stellt nämlich einen wichtigen Grenzwert dar. Liegt der Phosphorgehalt unter dieser Grenze, fällt der Fischertrag wesentlich ab. Bei einer Menge von über 12 Milligramm Phosphor pro Kubikmeter kann sich der Fischbestand allerdings relativ konstant halten. Nach Auffassung vieler Fachleute ist der Bodensee kein Alpensee, sondern ein Voralpensee. Für diese sind die Kriterien bezüglich des Phosphorgehalts nicht mehr ganz so streng wie bei den Alpenseen.

Im Weiteren sei auch immer wieder das Argument vorgebracht worden, dass mit der Phosphatfällung auch sogenannte Mikroschadstoffe, beispielsweise Arzneimittelrückstände, entfernt werden. Diese Argumentation sei jedoch zum Teil fragwürdig. Für eine genaue Einschätzung wären einlässliche wissenschaftliche Untersuchungen notwendig.

Zusammenfassend hält der Referent fest, dass die Positionen der verschiedenen Interessenvertreter weiterhin konträr sind. Darin, dass die Bodenseefischerei, die für die Region wichtig ist, unterstützt werden soll, ist man sich jedoch einig. Die Vertreter der Wasserwirtschaft hätten daher ein gewisses Entgegenkommen signalisiert, vor allem in der Frage der Aufzucht von Bodenseefelchen in Aquakulturen. Diesbezüglich wäre man zu einer Zusam-

menarbeit bereit.

Franz Geldhauser unterbreitet der Parlamentarier-Konferenz Bodensee abschliessend den Beschlussvorschlag:

"Die PKB betrachtet den Rückgang der Fischereierträge am Bodensee im Hinblick auf die Existenz der Fischereibetriebe mit Sorge. Sie fordert die Parlamente, Verwaltungen und internationalen Kommissionen am Bodensee auf, Massnahmen zu ergreifen, die dazu beitragen, die sinkenden Fischerträge auszugleichen und damit den Fortbestand der Fischerei am Bodensee zu sichern."

Er verweist darauf, dass diese Forderung sehr weit und nicht sehr konkret gefasst wurde. Er schlägt deshalb eine Ergänzung mit folgendem Satz vor:

„Insbesondere ist der Phosphatgehalt des Seewassers im Zusammenhang mit der WRRL-Klassifizierung und dem Fischertrag zu überprüfen.“

Diese Antragserweiterung begründet Franz Geldhauser damit, dass der im Bodensee gemessene Gesamtposphor von 6 Milligramm pro Kubikmeter für die Nahrungskette grösstenteils gar nicht verfügbar ist, weil es sich dabei um kleinstzerriebene Gesteinsmehle aus dem Alpenrhein handelt. In der Analyse dieses Materials wird wohl ein gewisser Phosphorgehalt festgestellt, er ist aber für die Nahrungskette nicht verfügbar. Um diesen Sachverhalt noch genauer abzuklären, sollen weitere Untersuchungen durchgeführt werden.

Im Anschluss an das Referat von Franz Geldhauser spricht **Beat Baumgartner, Amt für Umwelt Kanton Thurgau**, zum Thema "Ist der Bodensee für die Fische zu sauber?" (Beilage 2). Er hält vorab fest, dass der Bodensee aus seiner Sicht für die Fische nicht zu sauber ist. Der Bodensee befindet sich beim Phosphorgehalt in einem Zustand, wie er in den 40er- und 50er-Jahren festzustellen war.

Der Bodensee verfügt über ein sehr grosses Einzugsgebiet mit sieben grossen Kläranlagen. All diese Anlagen verfügen über eine Phosphorregelung, was zwingend erforderlich ist.

In den 70er-Jahren stieg der Phosphorgehalt im Obersee auf rund 80 Milligramm pro Kubikmeter. Danach sank er bis 2006 wieder auf den Stand in den 50er-Jahren und ist seither in etwa stabil geblieben. Die Phosphorfrachten, die heute durch die Kläranlagen in den Bodensee eingetragen werden, bewegen sich in der Grössenordnung von 100 Tonnen pro Jahr. Bei einem Gesamtvolumen des Bodensees von ungefähr 50 Kubikkilometer ergibt sich damit ein ungefährender Eintrag durch die Kläranlagen von zwei Milligramm pro Kubikmeter. Der Phosphoreintrag durch die Kläranlagen ist seit etwa 20 Jahren konstant. Auch bei den Phosphoreinträgen aus den Bodenseezuflüssen in den Obersee ist festzustellen, dass die entsprechenden Zahlen seit 1995 stabil sind. Einzig 1999 ist ein Ausreisser festzustellen, welcher auf die starken Niederschläge in jenem Jahr zurückzuführen ist.

Aufgrund der Statistik zu den Gesamtfangerträgen im Obersee ist festzustellen, dass die Fangerträge in etwa jenen aus den 50er-Jahren entsprechen. Diese stimmen also mit dem Phosphorgehalt überein. Beat Baumgartner bestätigt, dass die Fangerträge in den vergangenen Jahren wesentlich abgenommen haben. Vor allem in den 80er-Jahren waren die Fischerträge wesentlich höher. Aber verglichen mit den 50er-Jahren stimmen sie in etwa überein. Spezifisch bei den Felchen ist aber festzustellen, dass bei hohen Phosphorgehalten tiefe Erträge zu verzeichnen waren.

Beat Baumgartner zieht wie folgt Fazit:

- Genügend Sauerstoff über Grund ist eine Voraussetzung für die natürliche Entwicklung des Felchenlaichs.

- Sollte sich das Klima noch mehr erwärmen, wird der Bodensee stabiler geschichtet, und die Zirkulation wird sich verschlechtern.
- Dank der Senkung des Phosphorgehalts hat der Bodensee auch bei schlechter Zirkulation genügend Sauerstoff über Grund und ist fit für die Zukunft.
- Weniger Schmutzstoffe bei gleichzeitiger Erhöhung der Phosphorwerte, das ist ein Widerspruch.
- Der Bodensee hat heute weniger Fische als in den Zeiten mit viel Phosphor, aber immer noch mehr als in den 40er- und 50er-Jahren.
- Der Bodensee ist für die Fische nicht zu sauber. Das gereinigte Abwasser der Abwasserreinigungsanlagen düngt den See noch immer mit 80 bis 100 Tonnen Phosphor pro Jahr.

Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden, bedankt sich bei den beiden Referenten für die Ausführungen und gibt die Diskussion frei.

Martin Breitenmoser, Grossrat Kanton Appenzell Innerrhoden, möchte von Beat Baumgartner wissen, ob die von ihm aufgezeigten Statistiken nur für den Bodensee Geltung haben oder ob der Befund auch für andere Seen gelte. Gemäss **Beat Baumgartner** ist die diesbezügliche Lage von See zu See unterschiedlich. Mit dem Bodensee könnte am ehesten noch der Zürichsee verglichen werden. Allgemein ist festzustellen, dass die Seen in den Zustand zurückgeführt werden oder worden sind, in dem sie etwa in den 50er-Jahren waren.

Kurt Zubler, Kantonsrat Kanton Schaffhausen, möchte von Beat Baumgartner erfahren, wie er sich zum Ergänzungssatz zur Resolution stellt. **Beat Baumgartner** stellt dazu fest, dass er sich nicht in die Politik der EU einmischen möchte. Ob es sich beim Bodensee um einen Voralpensee oder um einen Alpensee handelt, ist für den See selber nicht von Bedeutung. Die grundlegende Frage ist unabhängig davon, wie es dem Bodensee gehen muss, damit es ihm auch in Zukunft gut geht.

Eberhard Rotter, Landtagsabgeordneter von Bayern, führt aus, dass es für Vorarlberg, Baden-Württemberg und Bayern sehr wohl von Bedeutung ist, ob es sich beim Bodensee um einen Alpensee oder um einen Voralpensee handelt, weil damit andere Bestimmungen zur Anwendung kommen. Die Aufnahme des zusätzlichen Satzes in der Resolution werde daher auf jeden Fall unterstützt. Für den Tourismus, die Anwohner und die Fischer rund um den Bodensee ist es von eminenter Bedeutung, wie sich die Fischerträge entwickeln. Aus diesem Grunde hat das Parlament des Landes Bayern auch schon einen Berichtsantrag verabschiedet, welcher nähere Untersuchungen fordert. Man ist sich dabei aber durchaus bewusst, dass die Fischerträge nicht von einem auf den anderen Tag wesentlich erhöht werden können. Nach Ansicht von Eberhard Rotter ist man es aber den Fischern und den Anwohnern des Bodensees, aber auch den Tourismus- und Gastrobetrieben rund um den Bodensee schuldig, dass die Angelegenheit noch einmal genau untersucht wird. Es sollte herausgefunden werden, weshalb diese massiven Fischrückgänge zu verzeichnen sind.

Ergänzend teilt **Hans-Peter Storz, Landtagsabgeordneter von Baden-Württemberg**, mit, das Umweltministerium habe im Rahmen der Beantwortung eines Vorstosses klar gesagt, dass am Phosphorgehalt nichts geändert wird. Er vertritt aber die Meinung, dass die geplanten Untersuchungen trotzdem weiterlaufen sollten. Allenfalls könnten durch diese Untersuchungen neue Erkenntnisse gewonnen werden.

Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden, liest den zusätzlichen Satz, mit welchem die Resolution ergänzt werden soll, nochmals vor. Auf die Frage, ob gegen diesen Zusatz opponiert wird, meldet sich **Ivo Müller, Kantonsrat Kanton Appenzell Ausserrhoden**, zu Wort. Er stellt fest, er sei aufgrund der Ausführungen der Referenten zum Schluss gekommen, dass der tiefe Fischbestand nicht viel mit dem Phosphorgehalt zu tun habe, sondern mehr mit dem Klimawandel. Aus diesem Grunde spricht er sich gegen die

Aufnahme des zusätzlichen Satzes in die Resolution aus.

In einer ersten Abstimmung über die Resolution mit dem zusätzlich beantragten Satz ergeben sich Gegenstimmen, sodass die Resolution in dieser Form als nicht verabschiedet zu betrachten ist.

In einer zweiten Abstimmung wird die Resolution ohne den zusätzlichen Satz zur Abstimmung gebracht. Auch in dieser Abstimmung ergeben sich Nein-Stimmen, weshalb die Resolution auch in dieser Fassung nicht verabschiedet ist.

Es wird eine Pause eingelegt.

Nach der Pause kommt **Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden**, auf die Abstimmung zur Resolution "Felchenertrag" zurück. Offenbar bestehen Unsicherheiten in der Frage, wie die Konferenz Beschluss fasst. Die Statuten sagen diesbezüglich, dass Beschlüsse und Empfehlungen im Konsens gefasst werden, wobei Stimmenthaltungen möglich sind. Der geforderte Konsens sei nach seiner Auffassung nicht erreicht, wenn Gegenstimmen abgegeben werden. Vereinzelt Enthaltungen sind hingegen möglich.

Ivo Müller, Kantonsrat Kanton Appenzell Ausserrhoden, teilt mit, er sei sich dieser Sachlage nicht bewusst gewesen. Er schlägt vor, noch einmal eine Abstimmung durchführen zu lassen, wobei er im zusätzlichen Satz zur Resolution das Wort "überprüfen" durch "untersuchen" ersetzt haben möchte. **Eberhard Rotter, Landtagsabgeordneter von Bayern**, kann sich mit dieser Änderung einverstanden erklären.

In der abschliessenden Abstimmung wird die Resolution (Beilage 3) mit der von Ivo Müller vorgeschlagenen Änderung ohne Gegenstimmen verabschiedet.

5. Fracking

Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden, führt einleitend aus, dass das Thema Fracking die Politik schon vermehrt beschäftigt hat. So hat erst kürzlich der Grosse Rat des Kantons Bern über ein generelles Verbot diskutiert. Die IBK hat sich auch schon mit dem Thema befasst. Die daraus entstandene öffentliche Forderung der IBK findet sich in den Unterlagen, die der Konferenz zugeschickt worden sind. Aus Sicht von **Grossratspräsident Fefi Sutter** kann sich die Parlamentarier-Konferenz Bodensee dieser Haltung anschliessen.

Das Wort geht an **Gabriele Nussbaumer, Landtagspräsidentin von Vorarlberg**: Über die Methode des Fracking muss nicht allzu viel gesagt werden. Sie ist inzwischen bekannt, und verschiedene Parlamente haben sich schon darüber unterhalten. In Vorarlberg ist Fracking seit rund zwei Jahren ein aktuelles Thema, insbesondere weil es den Trinkwasserspeicher Bodensee betrifft. Der Vorarlberger Anteil am Bodensee ist zwar relativ klein, aber Vorarlberg ist trotzdem direkt betroffen.

Fracking ist eine Methode, die in den USA bereits länger angewendet wird. Dabei werden giftige Chemikalien verwendet, die in den Boden gespritzt werden. Nach der Ausbeutung sieht der Boden schlimm aus. Gewässer werden oftmals kontaminiert. Es sollte deshalb alles daran gesetzt werden, dass die Methode des Fracking im Bodensee nicht angewendet wird. Im Raum Biberach und Konstanz gibt es bereits zwei Standorte, wo Probebohrungen erlaubt wurden. Derzeit werden allerdings keine solchen Probebohrungen durchgeführt. Es sollte aber ein Zeichen gesetzt werden, dass sich die Bodenseeanrainerstaaten gegen das Fracking aussprechen. Die IBK hat sich zur Methode des Fracking ebenfalls sehr kritisch geäussert und lehnt es in der heute praktizierten Form ab.

In Vorarlberg wurde vor gut einem Monat eine Umfrage in der Bevölkerung durchgeführt, ob ein Verbot von Fracking unterstützt wird. Innerhalb kürzester Zeit konnten über 7'000 Unter-

stützer gefunden werden, welche sich gegen das Fracking aussprechen. Zeitgleich wurde durch eine Regionalzeitung eine Unterschriftenaktion gestartet. Innert kürzester Zeit konnten über 50'000 Unterschriften gesammelt werden. Insgesamt kamen über 61'000 Unterschriften zusammen. Es kann also festgestellt werden, dass Fracking ein Thema ist, das die Bevölkerung sehr beschäftigt.

Nachdem praktisch alle Mitglieder der Parlamentarier-Konferenz Bodensee Anrainer des Bodensees sind und damit direkt betroffen sind, stellt **Landratspräsidentin Gabriele Nussbaumer** den Antrag, dass sich die Konferenz klar gegen das Fracking ausspricht und die jeweiligen Regierungen auffordert, alles zu unternehmen, damit Fracking nicht erlaubt wird. **Landratspräsidentin Gabriele Nussbaumer** liest den Antrag im Wortlaut vor:

„Die Parlamentarier-Konferenz Bodensee begrüsst die vom Erweiterten Präsidium des Vorarlberger Landtags getragene Unterstützungsaktion - NEIN zur Schiefergasgewinnung („Fracking“) im Bodenseeraum und fordert die Regierungen der vertretenen Länder auf, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Einsatz des „Fracking“ zur Gewinnung von Schiefergas im Bodenseeraum - vor allem wegen der befürchteten langfristigen Umweltbelastungen sowie der Gefährdung des Trinkwassers - zu verhindern.“

Paul Wengert, Landtagsabgeordneter von Bayern, führt ergänzend aus, dass auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierungen eine klare Äusserung zum Fracking enthält:

"Der Frackingeinsatz zur Aufsuchung und Gewinnung konventioneller Erdgaslagerstätten wird abgelehnt. Eine Genehmigung von Frackingeinsätzen soll erst dann möglich sein, wenn mittels hinreichender Datengrundlagen ausgeschlossen werden kann, dass sich Fracking negativ auf Mensch, Natur und Umwelt auswirkt."

Markus Müller, Kantonsrat Kanton Schaffhausen, unterstützt die Ausführungen der Vorredner. Er möchte aber gerne noch wissen, ob bisher bereits Erdgasvorkommen im Bodenseeraum entdeckt worden sind.

Landratspräsidentin Gabriele Nussbauer antwortet, dass offenbar Gasvorkommen vorhanden sind. Eine Firma aus Grossbritannien verfügt über die Rechte, Probebohrungen durchzuführen. Da offenbar die nötigen Lizenzen vorliegen, können die Bohrungen nicht verboten werden. Sollte tatsächlich Gas in erheblichem Ausmass gefunden werden, wird der Druck sicherlich gross werden, dass das Fracking dann auch angewendet wird und die Vorkommen ausgebeutet werden.

Fefi Sutter, Grossratspräsident Appenzell Innerrhoden, verweist nochmals auf die Haltung der IBK, welche an der Konferenz der Regierungschefs am 7. Dezember 2012 folgenden Beschluss gefasst hat:

„Die IBK vertritt eine kritische Haltung gegenüber dem Einsatz von Fracking im Bodenseeraum. Der Bodensee ist Trinkwasserspeicher für fünf Millionen Menschen, und der Schutz des Trinkwassers muss allerhöchste Priorität geniessen. Es dürfen keinerlei Tätigkeiten ausgeführt werden, bei denen ein Risiko besteht, dass das Grundwasser oder das Wasser des Bodensees kontaminiert wird.“

Der Einsatz von Fracking wird, soweit wasserführende Schichten betroffen sein können, zum heutigen Zeitpunkt klar abgelehnt.“

In der Abstimmung sprechen sich die Anwesenden einstimmig für den Antrag von Vorarlberg aus. Der Antrag von Vorarlberg wird als Resolution (Beilage 4) verschickt.

6. Funkfrequenz Schifffahrt

Ernst Blum, Landtagsabgeordneter von Vorarlberg, führt aus, dass die Thematik einer zusätzlichen Funkeinrichtung für Notfälle auf dem Bodensee schon anlässlich der Frühjahrs-sitzung 2013 umfassend diskutiert wurde. Das Anliegen wurde zudem an der Sitzung der Internationale Bodenseeschifffahrts-Kommission im Oktober 2013 diskutiert. Er weist darauf hin, dass in der Bodenseeschifffahrtsordnung bereits gewisse Punkte bereits aufgenommen worden sind, die nun seit dem 1. Januar 2014 gelten. Die Internationale Bodenseeschifffahrts-Kommission möchte die Auswirkungen und die Erfahrungen dieser Neuerungen bei den Funkfrequenzen nach einem Jahr auswerten und Bericht erstatten. Der Bericht soll im Frühjahr 2015 vorliegen. Ernst Blum schlägt vor, dass die Parlamentarier-Konferenz Bodensee das Thema an der Herbstsitzung 2015 wieder behandelt.

Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden, ersucht die Vertreter von Baden-Württemberg, das Thema für die Traktandenliste der Herbstsitzung 2015 vorzusehen.

Es wird keine Diskussion gewünscht.

7. Seebestattungen

Bruno Lüscher, Grossratspräsident Kanton Thurgau, teilt mit, dass im Kanton Thurgau Seebestattungen aufgrund einer jüngst vorgenommenen Gesetzesrevision verboten sind. Es gilt nun ein Friedhofszwang. Die Gemeinden sind allerdings frei, spezielle Areale für Bestattungen auszuscheiden. Dabei ist allerdings an Friedwälder gedacht, direkt an Gewässern oder darauf werden keine solchen Areale freigegeben. Privat durchgeführte Seebestattungen können aber mit dieser Regelung wahrscheinlich nicht ganz eliminiert werden. Das lässt sich kaum kontrollieren. Zur Sachlage wurde ein Faktenblatt (Beilage 5) erstellt.

Paul Wengert, Landtagsabgeordneter von Bayern, möchte wissen, seit wann diese Regelung im Kanton Thurgau in Kraft ist. Gleichzeitig möchte er wissen, wie die Kantone St.Gallen und Schaffhausen sowie das Land Vorarlberg diese Angelegenheit handhaben und ob entsprechende gesetzliche Regelungen bestehen.

Bruno Lüscher, Grossratspräsident Kanton Thurgau, teilt mit, dass die gesetzlichen Bestimmungen seit dem 1. August 2013 in Kraft sind.

Ratschreiber Markus Dörig, Kanton Appenzell Innerrhoden, berichtet, er habe sich beim Kanton St.Gallen kundig gemacht. Gewerbliche Anbieter von Seebestattungen gebe es dort nicht. Solche würden auch nicht zugelassen, weil das gewerbliche Verstreuen von Asche auf dem See gegen die Gewässerschutzgesetzgebung verstossen würde.

Bezüglich der Handhabung im Lande Vorarlberg teilt **Borghild Goldgruber-Reiner, Landtagsdirektorin von Vorarlberg**, mit, in Vorarlberg gelte grundsätzlich eine Friedhofspflicht. Das bedeute, dass der grösste Teil der Asche auf dem Friedhof bleiben müsse und nur auf entsprechenden Wunsch ganz wenig Asche nach Hause genommen werden dürfe. Dieser Teil könne dann aber auf Privatgrundstücken oder an besonderen Orten wie beispielsweise im Walde vergraben werden. Das Ausstreuen von Asche ist verboten.

Für den Kanton Schaffhausen teilt **Markus Müller, Kantonsrat Kanton Schaffhausen**, mit, dass der Kanton Schaffhausen über keine entsprechende gesetzliche Regelung verfügt. Bisher waren aber auch keine Probleme zu verzeichnen, da Bestattungen ausschliesslich vom Bestattungsamt vorgenommen werden, welches keine Seebestattungen durchführt. Auf privater Basis werden vereinzelt Seebestattungen durchgeführt.

Mit diesen Ausführungen ist dieses Traktandum abgeschlossen.

8. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Der Vorsitzende begrüsst als Referentin für dieses Traktandum **Yvonne Schleiss, stellvertretende Leiterin des Dienstes für grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten**. Sie stellt die wichtigsten Aufgaben des Dienstes für grenzüberschreitende Zusammenarbeit kurz vor. Die Präsentation (Beilage 6) wurde den Konferenzteilnehmern in Papierform abgegeben. Zu den einzelnen Themen führt sie zusammengefasst Folgendes aus:

Die Schweiz ist eng mit ihren Nachbarländern verbunden. Es besteht ein reicher Austausch. Die Zusammenarbeit bringt aber auch gemeinsame Herausforderungen, beispielsweise in den Bereichen Verkehr, Umwelt und Gesundheit. Der Bundesrat hat daher in seiner aussenpolitischen Strategie 2012 - 2015 als eine der Prioritäten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufgeführt.

In der Schweiz verhält es sich so, dass auswärtige Angelegenheiten grundsätzlich Sache des Bundes sind. Der Bund nimmt hierbei Rücksicht auf die Interessen und Zuständigkeiten der Kantone. So haben die Kantone bei bestimmten Bereichen auch Mitwirkungsrechte. Daneben sind die Kantone aber grundsätzlich befugt, selber mit dem Ausland Verträge abzuschliessen. Diese Verträge sind dem Bund zur Kenntnis zu bringen. Die Kantone können auch direkt mit untergeordneten ausländischen Behörden verkehren, in den übrigen Fällen erfolgt der Verkehr der Kantone mit dem Ausland durch Vermittlung des Bundes.

Es gibt die unterschiedlichsten Formen der Zusammenarbeit. Sie kann von losen Kontakten bis zum Staatsvertrag gehen. Beispiele für solche Zusammenarbeiten können Regierungskonferenzen, privatrechtlich organisierte Vereine oder internationale Organisationen sein. In den Regionen der Schweiz finden sich folgende Beispiele für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

- Region Genfersee: Comité régional franco-genevois, Grand-Genève, Gemischte Kommission, Conseil du Léman
- Jurabogen: Conférence TransJurasienne
- Region Oberrhein: Oberrheinkonferenz, Trinationale Regierungskonferenz
- Nordostschweiz-Süddeutschland: Hochrheinkommission, Verein Agglomeration Schaffhausen
- Region Bodensee: Internationale Bodenseekonferenz IBK
- Alpenraum: Arge Alp
- Schweiz-Italien: Regio Insubrica
- Italien-Frankreich-Schweiz: Espace Mont-Blanc

Ein wichtiges Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist INTERREG. Im Rahmen von INTERREG A gibt es europaweit 52 Programme. Die Schweiz ist an vier Programmen beteiligt, darunter dem Projekt Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein.

Zur Rolle des EDA in der so genannten "grossen Aussenpolitik" wird ausgeführt, dass insbesondere die Entwicklungen in den Grenzregionen und die Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Nachbarstaaten beobachtet werden. Ausserdem ist für das EDA die Wahrung der Zuständigkeiten und Interessen der Kantone und der Aussenpolitik wichtig. Es organisiert und koordiniert die grenzüberschreitenden Beziehungen mit anderen Staaten. In der so genannten "kleinen Aussenpolitik" der Kantone nimmt das EDA lediglich eine unterstützende Rolle ein.

Markus Linhart, Bürgermeister der Stadt Bregenz, bedankt sich für die umfassende Darstellung des Themas. Er macht auf eine weitere Plattform der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Raume Bodensee aufmerksam. Dabei handelt es sich um den Internationalen Städtebund Bodensee, der vor fünf Jahren gegründet wurde. Der Städtebund ist eine sehr dynamische Einrichtung, die versucht, Themen aufzugreifen, mit denen man in der Re-

gion täglich zu tun hat und die aktuell sind. Dabei geht es vor allem um die Bereiche Verkehr, Umwelt und Tourismus. Bei Interesse gibt das Sekretariat des Städtebunds gerne Auskunft.

Paul Wengert, Landtagsabgeordneter von Bayern, möchte von Yvonne Schleiss in Erfahrung bringen, wie intensiv die Beobachtung und die Wahrnehmung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten im Hinblick auf die Parlamentarier-Konferenz Bodensee ist. Yvonne Schleiss verweist darauf, dass sich das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten in gut funktionierende Zusammenarbeiten grundsätzlich nicht einmischt und nur bei Anzeichen von Schwierigkeiten aktiv wird. Solche Anzeichen sind im Bodenseeraum nicht auszumachen. Die Zusammenarbeit läuft gut. Es gibt keinen Grund, die Parlamentarier-Konferenz Bodensee zu beobachten.

Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden, bedankt sich bei Yvonne Schleiss für die interessanten Ausführungen und schliesst das Traktandum.

9. Varia

9.1. **Markus Linhart, Bürgermeister der Stadt Bregenz**, nimmt Bezug auf die beiden Protokolle der Parlamentarier-Konferenz Bodensee aus dem Jahre 2013 und stellt fest, dass das Thema des mautbedingten Fluchtverkehrs in die besiedelten Räume diskutiert wurde, von dem vor allem der Raum Bregenz betroffen ist. Seit für den Pfändertunnel keine Korridorvignette mehr verkauft werden kann, weichen viele Automobilisten auf die Strassen durch das besiedelte Gebiet von Bregenz aus.

Dieser Fluchtverkehr macht in der Stadt Bregenz einen Anteil von zirka 25% bis 40% aus. Die vorher schon stark belasteten Strassen vermögen diesen Verkehr nicht zu schlucken. Die Situation belastet nicht nur die Stadt Bregenz, sondern auch die umliegende Gegend bis weit in den süddeutschen Raum hinein. Vor allem an den Wochenenden kann der Stau bis nach Friedrichshafen führen und über mehrere Stunden dauern. Damit wird eine wichtige Wirtschaftsregion schwer beeinträchtigt.

Die Stadt Bregenz bemüht sich seit Jahren, das Problem zu lösen. Eine gute Lösung wäre die Einführung einer angepassten Maut, beispielsweise mit einem Tagespickerl. Leider waren die Bemühungen bisher nicht erfolgreich. Trotzdem wird das Thema intensiv weiterverfolgt. Aufgrund der aktuellen Lage wird es aber nur eine Frage der Zeit sein, bis auch in Deutschland Mautregelungen eingeführt werden.

Da eine Diskussion im Rahmen der heutigen Konferenz den zeitlichen Rahmen sprengen würde, ersucht Markus Linhart darum, dass dieses Thema an der Herbstsitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee als eigenes Traktandum behandelt wird.

Diesen Ausführungen schliesst sich **Paul Wengert, Landtagsabgeordneter von Bayern**, vollumfänglich an. Der deutsche Grenzraum ist von der schwierigen Verkehrssituation ebenso betroffen. Es sollte eine gemeinsame Positionierung für die Forderung nach kürzeren Laufzeiten für solche Vignetten gefunden werden. Insbesondere die Schweiz ist mit ihrer Vignette mit einer Laufzeit von einem ganzen Jahr stark betroffen, aber auch bei der 10-Tages-Vignette in Österreich handelt es sich nur um einen Kompromiss. Er unterstützt den Antrag, dass dieses Thema anlässlich der nächsten Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee behandelt wird. Dabei soll insbesondere über die Geltungsdauer der Vignetten diskutiert werden.

Markus Linhart ergänzt seine Ausführungen dahingehend, dass im Rahmen der Diskussion auch grundsätzlich andere Methoden für die Erhebung von Mautgebühren diskutiert werden sollen. Im Weiteren vertritt er die Meinung, dass auch die IBK aufgefordert werden sollte, sich dieser Angelegenheit nochmals anzunehmen.

Der Vorsitzende, **Fefi Sutter, Grossratspräsident Appenzell Innerrhoden**, verspricht, dass dieses Thema in die Traktandenliste für die Herbstsitzung aufgenommen wird. Er ersucht Markus Linhart um frühzeitige Zustellung entsprechender Unterlagen und die Meldung allfälliger Referenten.

- 9.2. **Markus Linhart, Bürgermeister der Stadt Bregenz**, verweist auf das Protokoll der 41. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee und nimmt Bezug auf die Diskussion über den Ausbau des Bahnnetzes rund um den Bodensee. Die IBK wurde aufgefordert, diese Thematik aktiv an die Hand zu nehmen. Er vermisst eine entsprechende Dynamik der IBK in dieser Angelegenheit. Deshalb sollte dieses Thema ebenfalls an der nächsten Herbstsitzung nochmals diskutiert werden.

Auch dieses Anliegen wird entgegengenommen.

- 9.3. **Fefi Sutter, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden**, informiert die Anwesenden darüber, dass anlässlich der Herbstsitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee ein Vorabendprogramm geplant ist. Er ersucht um Reservation des entsprechenden Datums, wobei das Vorabendprogramm selbstverständlich freiwillig ist.

- 9.4. Der Vorsitzende gibt zudem bekannt, dass dies seine letzte Sitzung als Präsident der Parlamentarier-Konferenz Bodensee war. Am 23. Juni 2014 wählt der Grosse Rat des Kantons Appenzell Innerrhoden einen neuen Präsidenten, der dann auch die Zusammenkünfte der Parlamentarier-Konferenz Bodensee führen wird.

Fefi Sutter, Grossratspräsident Appenzell Innerrhoden, bedankt sich für die rege Diskussion und die Teilnahme und erklärt die Sitzung für beendet.

Appenzell, 20. Mai 2014

Für das Protokoll

Karin Rusch

Beilagen

- 1 Offener Brief der Berufsfischerinnen und Berufsfischer
- 2 Referat von Beat Baumgartner, Amt für Umwelt Kanton Thurgau, zum Thema „Ist der Bodensee für die Fische zu sauber?“
- 3 Resolution zum Thema Bodenseefelchen
- 4 Resolution zum Thema Fracking
- 5 Faktenblatt zum Thema Seebestattungen
- 6 Referat von Yvonne Schleiss, stellvertretende Leiterin des Dienstes für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zum Thema „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Schweiz aus Sicht des EDA“